

 TV- UND POLITKRITIK

Daniel Günther und die Zensur: Wird Schleswig-Holsteins Ministerpräsident zur Gefahr für Demokratie?

Günther plädiert bei Lanz für Medienzensur. Der CDU-Politiker will soziale Medien verbieten und Pressefreiheit beschränken. Ab wann wird so ein Politiker selbst zur Gefahr?



Harald Neuber

08.01.2026

🔄 09.01.2026, 09:09 Uhr



Mag Medien nicht immer: Ministerpräsident Daniel Günther (CDU)

IMAGO/Petra Nowack

Es ist ein Auftritt, der aufhorchen lässt – und der die vierte Gewalt im Staat erschüttern sollte. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hat in der Talkshow „Markus Lanz“ Aussagen getätigt, die man eher in den Geschichtsbüchern über die Anfänge autoritärer Regime verortet hätte als im Deutschland des Jahres 2026. Wörtlich sagte er:

Aber ich habe ja gesagt, es ist nicht nur die Aufgabe von Politik, die Demokratie zu schützen. Das ist unsere Hauptaufgabe. Aber ich finde, alle zivilen Organisationen müssen sich auch zur Demokratie bekennen. Und ich glaube auch, dass es unter Medien mal eine Diskussion geben muss, welche Qualitätskriterien Medien eigentlich erfüllen müssen. Denn natürlich ist es so: Wir haben bei uns zum

Glück Pressefreiheit und Meinungsfreiheit in unserem Land. Aber wenn man einen solchen Einfluss hat wie Medien, dann muss man natürlich auch bestimmte Qualitätskriterien einhalten.

Daniel Günther, CDU

Der Ministerpräsident als Zensor?

Auf Lanz' Bemerkung, ob man soziale Medien „notfalls zensieren und im Extremfall sogar verbieten“ müsse, antwortet Günther eindeutig mit „Ja“. Eine Antwort, die in ihrer Schlichtheit erschreckend ist. Auch Medien wie Zeitungen stünden in der Pflicht, die Demokratie zu schützen. Man müsse sich fragen, ob noch journalistische Prinzipien wie das Zwei-Quellen-Prinzip eingehalten werden.

Günther geht noch weiter: „Ich glaube, wir müssen viel, viel mehr aufwachen, dass das unsere Gegner und auch die Feinde von Demokratie sind.“ Gemeint sind Medien wie das Portal Nius, über dessen Artikel er sagte: „Das ist einfach vollkommen faktenfrei, was da gemacht wird.“

Die verdrehte Logik: Demokratieschutz durch Zensur?

Doch halt – drehen wir den Spieß einmal um. Muss sich nicht vielmehr die Politik die Frage stellen, wo legitime Regierungsarbeit endet und wo sie zum Wegbereiter des Autoritarismus wird?

Die Argumentation Günthers folgt einem gefährlichen Muster: Ein gewählter Politiker definiert, was „demokratiefeindlich“ ist. Ein Ministerpräsident entscheidet, welche Medien „Qualitätskriterien“ erfüllen und welche nicht. Ein Vertreter der Exekutive will bestimmen, was „im Sinne der Meinungsfreiheit“ gesagt werden darf.

Das ist exakt die Umkehrung dessen, was Artikel 5 des Grundgesetzes vorsieht. Die Pressefreiheit ist ein Abwehrrecht *gegen* den Staat, nicht ein vom Staat zu verwaltendes Privileg.

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

„Medien lassen sich genauso wie Politiker durch soziale Medien treiben“, sagte Günther. „Vieles wird in unserem Land schnell skandalisiert und auf die Spitze getrieben.“

Doch wer skandalisiert hier eigentlich? Ist es nicht gerade Günther selbst, der mit seinen Forderungen nach Zensur und Verboten polarisiert – und zwar, wie der eingangs zitierte Beobachter treffend bemerkt, „mindestens genauso, wie er anderen vorwirft“?

Medien ließen sich viel zu sehr davon treiben, was auf den sozialen Medien wichtig sei, kritisierte Günther. Er sprach sich in der Sendung auch für ein Verbot der sozialen Medien bis 16 Jahre aus: „Das muss kommen“, sagte er.

Die historische Dimension

Die deutsche Geschichte lehrt uns eines mit brutaler Klarheit: Die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit war stets der erste Schritt in autoritäre Systeme. Von Bismarcks Sozialistengesetzen über die Gleichschaltung der Presse 1933 bis zur Zensur in der DDR – immer begann es mit der Behauptung, bestimmte Meinungen seien „gefährlich“ für den Staat oder die Gesellschaft.

Günthers Rhetorik bedient sich eines klassischen Musters: Die Gegner werden nicht als politische Kontrahenten behandelt, sondern als „Feinde der Demokratie“ gebrandmarkt. Man wirke auch an der Zerstörung der Demokratie mitschuldig mit, wenn man sich solchen Medien nicht entgegenstelle, so Günther.

Diese Sprache der Ausgrenzung, des Kampfes gegen innere Feinde, der moralischen Überlegenheit – sie erinnert fatal an Zeiten, die wir überwunden glaubten.

Die eigentliche Frage, die sich stellt

Die Frage, die sich stellt, ist nicht: Welche Qualitätskriterien müssen Medien erfüllen? Diese Frage ist berechtigt und wird seit Jahrzehnten in der Medienethik diskutiert. Sie wird allerdings von Journalisten, Wissenschaftlern und der Gesellschaft beantwortet, nicht von Ministerpräsidenten. Und die gilt übrigens auch für Politiker wie Günthers CDU-Parteifreund Roderich Kiesewetter, der, glaubt man Sicherheitsbehörden, Fakenews verbreitet.

Die eigentliche Frage lautet: Welche Qualitätskriterien muss Politik erfüllen, um nicht selbst zur Gefahr für die Demokratie zu werden?

Ein Politiker, der Medien als „Feinde“ sieht, der Zensur befürwortet, der definieren will, was „im Sinne der Meinungsfreiheit“ gesagt werden darf: erfüllt dieser Politiker die demokratischen Qualitätskriterien?

Günther will die Demokratie schützen, indem er ihre Grundpfeiler demontiert. Er will die Meinungsfreiheit verteidigen, indem er sie einschränkt. Er will gegen Polarisierung kämpfen, indem er Medien zu Staatsfeinden erklärt.

Der CDU-Politiker Daniel Günther glaubt eine Lösung gefunden zu haben: ein wenig mehr China wagen, kommentierte ein Beobachter sarkastisch. Der Vergleich mag überspitzt sein, aber er trifft einen Nerv.

Die vierte Gewalt muss wachsam bleiben

Wenn ein Ministerpräsident einer Regierungspartei im öffentlich-rechtlichen Fernsehen offen für Zensur plädiert, dann ist das kein Randphänomen. Es ist ein Symptom eines tiefgreifenden Unbehagens der politischen Klasse gegenüber einer Medienlandschaft, die sie nicht mehr kontrollieren kann.

Die Antwort darauf kann aber nicht sein, diese Kontrolle wiederherzustellen. Die Antwort muss sein: bessere Politik, überzeugendere Argumente, mehr Vertrauen durch Transparenz.

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist kein Privileg, das der Staat gewährt. Sie ist ein Grundrecht, das den Staat begrenzt. Wer das nicht versteht – oder nicht verstehen will –, der ist vielleicht selbst eine größere Gefahr für die Demokratie als jedes noch so polemische Onlineportal.

Daniel Günther sollte sich fragen: Wenn er die Maßstäbe, die er an kritische Medien anlegt, an seine eigenen Aussagen anlegen würde, würde er dann die „Qualitätskriterien“ erfüllen, die er von anderen verlangt?

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.